

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags.
Bezugspreis halbjährlich 65 Pfennig frei ins Haus
geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen
Verkehr monatlich 1.50 M. : Einzelnummern 10 Pf.
Strotono Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenbürg
Zweigst. Wildb. : Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges.
Säberle & Co. Wildbad. : Postfachkonto Stuttg. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile ober deren
Raum im Bez. Grundpr. 12 Pfg., außerh. 15 einschl.
Ink.-Steuer. Reklamezeile 40 Pfg. : Rabatt nach Tarif.
Für Offerten u. bei Anwerbsstellung werden jeweils
70 Pfg. mehr berechnet. : Schluss der Anzeigennahme
tägl. 8 Uhr norm. : In Kontursfällen od. wenn gerichtl.
Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachlagewähr. weg.

Druck, Verlag u. Hauptverteilung Theodor Gae. Für den lokalen Teil verantwortl. Karl Th. Flum in Wildbad

Nummer 157

Februar 179

Wildbad, Donnerstag, den 9. Juli 1925

Februar 179

60. Jahrgang

Zur Volkszählung

Das jetzt veröffentlichte vorläufige Ergebnis der deutschen Volkszählung vom 16. Juni 1925 gestattet bereits einen gewissen Einblick in die Bevölkerungsaufgaben, wie sie in Deutschland gegenwärtig wichtig sind. Die Bevölkerungsdichte weist gegenüber der Zählung von 1919 und der letzten umfassenden Friedenzählung von 1910 eine erhebliche Verstärkung auf. Den 64 925 993 Einwohnern Deutschlands im Jahr 1910 standen 540 875,5 Quadratkilometer deutsches Land zur Verfügung. Es entfielen also 112 Einwohner im Durchschnitt auf jeden Quadratkilometer. 1919 waren 59 858 000 Einwohner auf ein verkleinertes Gebiet von 472 035 Quadratkilometern oder 127 Personen im Durchschnitt auf jeden Quadratkilometer zusammengedrängt, und heute ergibt sich bereits eine Bevölkerungsdichte von 132 Personen auf den Quadratkilometer bei der jetzt errechneten Einwohnerzahl von 62 468 762 auf dem gleichen Gebiet wie 1919. Diese Veränderungen gegenüber der Vorkriegszeit sind unbedingt als ungünstig zu bezeichnen. Sie sind eine direkte Folge des Landraubes durch den Versailler Vertrag. Die geraubten Gebiete waren in erster Linie Gebiete mit landwirtschaftlicher Produktion, also relativ dünner Bevölkerung. Bringt man die Reichsergebnisse der Volkszählung von 1910 auf die Einwohnerzahl des heutigen Gebietsumfangs Deutschlands, so ergibt sich für die Vorkriegszeit bereits eine Bevölkerungsdichte von 122 Personen auf den Quadratkilometer. Zur Beurteilung der Veränderungen seit der Vorkriegszeit ist aber ohne weiteres mit der Bevölkerungszunahme von 20 Personen auf den Quadratkilometer zu rechnen. Was diese Bevölkerungsdichte für Deutschland im Hinblick auf seine wirtschaftlichen Existenzmöglichkeiten zu bedeuten hat, ergibt leicht der Hinweis auf die Bevölkerungsdichte anderer Länder, unter denen Frankreich mit 71,2 Einwohner auf den Quadratkilometer (Zählung 1921) an recht tiefer Stelle steht. Italien weist eine Bevölkerungsdichte von 124 auf. Ueberflügelt wird die Bevölkerungsdichte Deutschlands durch England und Belgien (je 251 Einwohner auf den Quadratkilometer). An diesen Zahlen gemessen, stände Deutschland nicht ungunstig. Das Bild verschiebt sich aber grundlegend bei Berücksichtigung der Tatsache, daß man Deutschland seine gesamten Kolonien geraubt hat, die als Landesreservoir für überschüssige Bevölkerung von größtem Wert waren, und die den in Betracht gezogenen Ländern heute in noch größerem Umfang als früher zur Verfügung stehen. Einschließlich der Kolonialländer ergibt sich eine Bevölkerungsdichte für Frankreich von 8 Einwohnern je Quadratkilometer, für Italien von 17, für Belgien von 7 Einwohnern je Quadratkilometer. Alle Länder haben also die denkbar besten Abbaumöglichkeiten für ihre Ueberbevölkerung, die sie aber eben durch den Besitz der Kolonien und die hierdurch verstärkten Wirtschaftsmöglichkeiten lange nicht so nötig haben, wie ein Land ohne Kolonien, wie also Deutschland. Aus dieser Tatsache sind weitgehende Schlüsse zu ziehen. Angeedeutet seien hier nur die unbedingte Notwendigkeit weiter verstärkter Industrialisierung mit all ihren Vor- und Nachteilen für die Bevölkerung, die Unmöglichkeit einer Ernährung aus eigenem Grund und Boden, also die für ein Volk ungünstige Tendenz der Loslösung von eigener Scholle, die Abhängigkeit vom Weltmarkt, von ausländischer Konkurrenz bei Erzielung wirtschaftlicher Lebensmöglichkeiten.

Diese Zustände wirken sich auch entscheidend auf die Bevölkerungsprobleme als solche aus. Jede verstärkte Bevölkerungsdichte verursacht bei schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen verschlechterte Sozialverhältnisse und als Folge verkleinerte Fortpflanzungstendenzen. Daß diese Tendenz in Deutschland schon lange vorhanden ist, ist bekannt. Die letzten Volkszählungsergebnisse lassen die verkleinerte Bevölkerungszunahme in Deutschland jetzt zahlenmäßig erkennen. Die Bevölkerungszunahme betrug von 1900 bis 1910 15,2 Prozent. Von 1910 bis 1919 innerhalb der heutigen Reichsgrenzen infolge der Kriegsverluste nur 2,4 Prozent, von 1919 bis 1925 4,3 Prozent. Für den Zeitraum von 25 Jahren seit Beginn des Jahrhunderts ergibt sich also eine Bevölkerungszunahme von 8,1 Prozent im heutigen Gebiet des Deutschen Reiches. In der Zeit von 1875 bis 1900 wies das deutsche Volk eine Vermehrungsquote von 35 Prozent auf. Geht hieraus schon der starke Rückgang der Bevölkerungsvermehrung hervor, so läßt sich die Tendenz noch deutlicher erkennen bei dem Vergleich der Vorkriegszeit und dem letzten Jahr, der jetzt möglich wird. Hiernach vermehrte sich die Bevölkerung in Deutschland im Zeitraum 1900 bis 1910 um jährlich 1,5 Prozent, in den letzten Jahren von 1919 bis 1925 aber nur noch um 0,7 Prozent im Jahresdurchschnitt.

Vom Standpunkt des Bevölkerungspolitikers ist diese Entwicklung natürlich als höchst ungünstig zu bezeichnen, wenn sich auch in den letzten Jahren wieder eine Umkehr dieser Tendenz gezeigt hat. Immerhin ist eine Rückkehr zu Vorkriegsquoten solange unmöglich, als Deutschland seinen Abfluß für seinen Menschenüberschuß findet, solange die schweren Belastungen wirtschaftlicher Art nicht von Deutschland genommen werden. In dieser Beziehung ist aber vorerst keine Aussicht auf Besserung, zumal der deutschen Re-

Tagespiegel

Der handelspolitische Ausschuss des Reichstags hat die neuen Zollsätze für Textilwaren in der Zollvorlage im wesentlichen genehmigt.

Der russische Volkskommissar Tschitscherin sagte dem deutschen Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau, die drei verurteilten deutschen Studenten werden nicht hingerichtet werden. — Das war auch gar nicht der Zweck des Komödienstücks; Moskau wollte nur ein Pfand gegen die in Leipzig seinerzeit verurteilten russischen Tschekamitglieder in die Hand bekommen. Im übrigen ist der Rummel auch von deutscher Seite übertrieben worden.

Der belgische Außenminister Vanderveelde ist in Paris eingetroffen, um mit Briand sich über die Ruhrräumung und den Sicherheitsvertrag zu besprechen.

Das päpstliche Außenministerium teilt mit, die Abreise des päpstlichen Nuntius von Prag nach Rom sei nicht auf die Verflimmung des Vatikan über die Bussfeier zurückzuführen. Der Nuntius habe seine übliche Urlaubsreise angetreten.

Die Fesseln des Versailler Vertrages eine erfolgreiche Bevölkerungspolitik unmöglich ist. Als unerwünschter Ausweg findet sich nur die Auswanderung, die denn auch trotz des Rückgangs von 115 000 im Jahr 1923 auf 58 000 im vergangenen Jahr noch immer die 2fache Summe der Auswanderung der letzten Vorkriegsjahre darstellt. Für den Bevölkerungspolitiker bedeutet dies eine Zersplitterung höchst wichtiger Volksträfte, die bei der heutigen Lage Deutschlands nicht zu vermeiden ist.

Schließlich ist aus den bis jetzt veröffentlichten Zahlen der neuen Volkszählung noch einiges für die Geschlechtsverteilung zu ersehen. Die deutsche Bevölkerungsbewegung steht wieder wie vor dem Kriege im Zeichen einer Verminderung des Frauenüberschusses, der durch die Kriegsverluste zu anormalen und sozialpolitisch höchst gefährlicher Höhe angewachsen war. Gegenwärtig entfallen in Deutschland 107 Frauen auf 100 Männer, gegen 103 Frauen auf 100 Männer im Jahre 1910 und ein Verhältnis 110 zu 100 bei der Zählung 1919. Man muß sagen, daß die Bevölkerungsfrage Deutschlands ernste Schwierigkeiten bietet und Gefahren für die wirtschaftliche Zukunft in sich birgt, solange Deutschland durch die Entente in seiner Entwicklung gehemmt wird und seinem Bevölkerungszuwachs nur schlechte Lebensmöglichkeiten bieten kann. Trotzdem soll nicht unbekannt bleiben, daß die deutsche Bevölkerungsstatistik immer noch auf ein gesundes und entwicklungsstarkes Volk hinweist.

Neue Nachrichten

Die Aussprache im Reichstag

Berlin, 8. Juli. Wie der „Volksanzeiger“ berichtet, wurde in der gestrigen Besprechung des Reichstanzlers mit den Führern der Regierungsparteien vereinbart, daß die Aussprache im Reichstag über die auswärtige Politik erst stattfinden soll, wenn die deutsche Note abgehandelt ist, was Ende dieser Woche zu erwarten sei. Es sei mit der Verlängerung der Arbeitszeit des Reichstags zu rechnen, der statt am 18. erst am 25. Juli in die Ferien gehen werde.

Die Begnadigung erst im Herbst

Berlin, 8. Juli. Wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, wird Ende dieses Monats eine neue Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten mit der Reichsregierung stattfinden, in der außer der Antwortnote an Frankreich auch die Begnadigungsfrage soweit geregelt werden soll, daß ein entsprechender Gesetzentwurf fertiggestellt werden kann. Das Parlament würde dann aber erst im Herbst mit der Vorlage sich zu befassen haben.

Denkmalsfeier

Berlin, 8. Juli. In Potsdam wurde ein Gefallenendenkmal für ehemalige Angehörige der Unteroffizierschule eingeweiht. An der Feier beteiligte sich auch eine Ehrenkompanie der Reichswehr. Zum Schluss fand ein Vorbeimarsch der ehemaligen Schüler vor dem General von Eberhardt statt. Auch Kronprinz Wilhelm wohnte der Feier an.

Wichtige Aussagen Richters in der Barmatuntersuchung

Berlin, 8. Juli. In der gestrigen Sitzung des Untersuchungsausschusses wurde der frühere Polizeipräsident Richter vernommen. Richter bricht in Weinen aus, daß er über seinen Freund Barmat aussagen müsse. Er gibt zu, daß er von Barmat beträchtliche Geldsummen und andere Geschenke erhalten habe, weil er mit seiner Familie mit seinem Gehalt als Polizeipräsident nicht habe auskommen können. Seine großen Reisen mit Barmat hätte er von seinem Gehalt nicht bestreiten können. Im Auftrag Barmats habe er

auch an andere Freunde Geschenke vermittelt, so an den Abg. Heilmann, der im Ausschuss unter Eid erklärt habe, daß er nie Geschenke von Barmat angenommen habe. Die Aussagen Richters sind so wichtig, daß der Ausschuss beschließt, sie als öffentlich zu betrachten, obwohl sie in nicht-öffentlicher Sitzung gemacht wurden.

Der Untersuchungsrichter und die Beschwerdekammer haben ein erneutes Gesuch Richters auf Haftentlassung, das vom Generalstaatsanwalt unter der Bedingung einer Sicherheit von 300 000 Mark genehmigt worden war, abgelehnt.

Der Fall Jänike

Berlin, 8. Juli. Der Strafantrag gegen Dr. Jänike beim Disziplinargerichtshof lautet auf Amtsentlassung ohne Pension. Die Untersuchung erstreckt sich auch noch auf einige andere dienstliche Verfehlungen als den bekannten Eintrag im Fremdenbuch auf Capri.

Begnadigung Zeigners

Dresden, 8. Juli. Im sächsischen Landtag teilte der Justizminister mit, der verurteilte frühere Ministerpräsident Dr. Zeigner werde nach Verbüßung der Hälfte seiner Strafzeit Ende August bedingt begnadigt und auf freien Fuß gesetzt werden.

Aussperrung in Thüringen

Gera, 8. Juli. In fünf Webereien in Gera sind 4000 Arbeiter ausgesperrt worden, weil die Stahlmelster wegen Lohnforderungen die Arbeit niederlegten.

Abänderung des bayerischen Landtagswahlrechts

München, 8. Juli. Der Landtag nahm in namentlicher Abstimmung den Gesetzentwurf betr. die Abänderung des Landeswahlgesetzes mit 90 gegen 8 Stimmen der Freien Vereinigung und der Kommunisten an. Damit ist nach der Verfassung die notwendige Zweidrittelmehrheit erreicht.

Vertagung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen

Paris, 8. Juli. Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, die nun schon seit 9 Monaten geführt wurden, sind „unterbrochen“ worden und sollen erst am 15. September wieder aufgenommen werden. Es sollen noch einige Einzelfragen besprochen werden.

Was man in Paris weiß

Paris, 8. Juli. Ueber die Unterredung des französischen Botschafters in Moskau, Herbetie, mit dem Sowjetkommissar Tschitscherin glaubten Pariser Blätter mitteilen zu können, Tschitscherin habe erklärt, Rußland wolle Deutschland nicht beeinflussen, den Sicherheitsvertrag abzulehnen. Wenn der Vertrag auf die russische Westgrenze ausgedehnt werden könnte, so wäre vielleicht Rußland geneigt, sogar den Völkerbund anders anzusehen als bisher. Das „Echo de Paris“ läßt sich aus Berlin melden, die deutsche Reichsregierung schwankt immer noch, ob sie sich den Westmächten oder Rußland anschließen solle. Der deutsche Botschafter Brockdorff-Rantzau in Moskau wolle Deutschland in die Arme Rußlands treiben, weil er fürchte, von den Bolschewisten erschossen zu werden, wie einst Graf Niebach. (1) Deutschland habe aber in den letzten Jahren politisch und wirtschaftlich schlechte Erfahrungen mit Rußland gemacht. In Berlin verfolge man aufmerksam die Spannung zwischen England und Rußland, man wolle aber den Verlauf abwarten. Schließlich werde sich Deutschland doch für den Westen entscheiden, wenn Frankreich bezüglich Räumung der Ruhr und des Rheinlands Zugeständnisse mache. Die Antwort auf die Note Briands werde zwischen dem 14. und 20. Juli gegeben werden.

Das „Journal“ meldet aus Berlin, die Reichsregierung werde die Sicherheits- und Luftfahrtsforderungen ablehnen, weil sie dem Vertrag von Versailles und dem Londoner Abkommen widersprechen, doch werde sie eine Konferenz vorschlagen, die wahrscheinlich in Paris stattfinden würde.

Russische Spione im polnischen Heer.

Warschau, 8. Juli. Die polnische politische Polizei verhaftete hier einen gewissen Jitnicz, der früher russischer und seit 1920 polnischer Offizier war und an der Spitze einer Spionageorganisation stand, die zugunsten Rußlands arbeitete, sowie dessen Unteragenten, die zum größten Teil ebenfalls polnische Offiziere waren.

Verdämmung der Lage in China

London, 8. Juli. Die „Times“ meldet aus Schanghai, daß ein Teil der chinesischen Straßenbahnangestellten sich dem Streik angeschlossen hat. Die Straßenbahn wird von fremden Freiwilligentruppen bewacht. Wegen des Streiks in den Elektrizitätswerken sind 40 000 Arbeiter zum Feiern gezwungen.

In Hangkong machten die Matrosen von drei englischen Kriegsschiffen und drei Unterseebooten in voller Ausrüstung einen Umzug durch die Stadt, um die Chinesen in Respekt zu setzen. Diese Freiwilligen schlossen sich dem Zug an.

In Tschangking wurde die japanische Niederlassung belagert. Die Maßnahmen der chinesischen Behörden zum Schutz der Fremden erweisen sich als ganz ungenügend.

Die „Times“ meldet aus Peking, daß die Sowjetregierung in Transbaikalien jenseits des Baikalsees und in der Mongolei eine große militärische Tätigkeit entfalte. In Urga seien 4000 Mongolen zu Offizieren der Roten Armee ausgebildet worden. In Kalgan würden Truppen des Generals Feng von Kuchad ausgebildet. 4000 Soldaten des Roten Heeres sollen sich in chinesischen Uniformen in der Stadt befinden. In der ganzen Mongolei reisen russische Agenten umher, um die Mongolen gegen Tschangking, der gegen den Bolschewismus ist, aufzuwiegeln.

Hebergreifen der Erregung auf Französisch-Tonkin

Paris, 8. Juli. Havas meldet aus Hanoi (Tonkin): Im Verlauf einer Besichtigung im Fort-Bazard auf dem Gebiet von Nuan-Tschon-Ban ist der französische Inspektor der Eingeborenenwache Lagarde schwer verletzt, mehrere Militärangehörige und Anhänger der Franzosen sind getötet oder verwundet worden.

Das Farbigengeheiß in Südafrika abgelehnt

Kapstadt, 8. Juli. Der Senat hat das vom Abgeordnetenhaus beschlossene neue Berg- und Industrieergänzengesetz, nach dem Koffern und Äpfeln keine höheren Beamtenstellen in den Betrieben begleiten dürfen, nicht genehmigt.

Württemberg

Stuttgart, 8. Juli. Spar- und Giroverkehr. Die Spareinlagen bei der Städt. Sparkasse haben sich nach Abzug der Rückzahlungen im Juni um 1,081 Millionen Mark vermehrt und betragen am 30. Juni 12,485 Millionen Mk. Der Einlagebestand der Städt. Girokasse belief sich auf rund 29,313 Millionen Mark.

Bedenkliches Treiben der Milchzentrale. Als im Herbst vorigen Jahres die Anlieferung von Frischmilch nach Stuttgart sich außerordentlich steigerte, so daß sie nicht abgesetzt werden konnte, wurde in der Milchzentrale die überschüssige Milch über das erlaubte Maß hinaus durch Zusatz von Soda-lauge neutralisiert, um sie vor dem Verderben zu retten. Aber die so neutralisierte Milch war verdorben und für Säuglinge gefährlich. Gleichwohl wurde sie an die Milchhändler abgegeben. Die Beschwerden über saure Milch nahmen damals auffallend zu und führten zu Untersuchungen. Jetzt wurde der erste Geschäftsführer der Milchzentrale wegen fahrlässiger Heberrettung des § 11 des Nahrungsmittelgesetzes zu 150 M. Geldstrafe vom Amtsgericht verurteilt. Die beiden mit der Neutralisierung der Milch beauftragten Angestellten erhielten je 50 M. Geldstrafe.

Schwindelhaftes Bankunternehmen. Gestern begann vor dem Großen Schöffengericht die Verhandlung gegen den früheren Bankier Eugen Mößner von hier und den der Beihilfe beschuldigten Kaufmann Heinz Manz von hier. Mößner hat im März 1924 eine „Bank“ in Escherdingen gegründet und es rasch verstanden, sich bei dem damaligen Geldmangel einen größeren Kundenkreis zu verschaffen. Es gelang ihm auch, von der Württ. Landes-sparkasse einen größeren laufenden Kredit zu erhalten, ebenso einen einmaligen von der Dr. Vogt'schen Bank in Stuttgart. Als Sicherheit für diese Gelder mußte er Grundschuldenbriefe verpfänden und Akzente in Zahlung geben. Da er persönlich keine nennenswerten Mittel besaß, ließ er sich diese Schuldverschreibungen von den Geldliebhabern geben, von denen er auch Akzente verlangte. Die erhaltenen Blanko-Wechsel füllte er indessen erst aus, nachdem sie unterschrieben waren und die Ausfüllung war in den meisten Fällen das mehrfache des von Mößner auf die Darlehensnehmer nachträglich ausgeübten Betrages. Die Differenz verwendete er für sich selbst. U. a. schaffte er zwei Automobile an. Bereits im August, als der Konkurs ausbrach, ob nach kaum fünf Monaten, war eine Schuld von ca. 35 000 M. vorhanden, für die nunmehr die Grundschuldenbriefinhaber, deren Verschreibungen er der Landes-sparkasse in offenes Depot gegeben hatte, haften. Manz ist als Angestellter der Beihilfe beschuldigt. Wesentlich beteiligt erscheint der nichtangeklagte Notar Schöweier von Escherdingen, der keinem der Grundschuldbrief-Antragsteller die richtige Aufklärung gegeben hatte, so daß diese Leute, durchweg Landwirte, von Escherdingen und Umgebung, nicht im Klaren darüber waren, was sie mit der Ausbändigung der Grundschuldbriefe taten. Die Verhandlungen dürften mehrere Tage dauern. Es sind zwei Sachverständige und 63 Zeugen geladen.

Vom Tage. In einem Haus der Kirchstraße in Gaisburg

Die Referendarin.

Roman von Carl Duffe.

18 (Nachdruck verboten.)

Er mußte lachen. Ja, es war alles gut; gar nichts auszufehen. Was die Frau Feldweibel denn nun zu dem Zimmer sage?

Er hatte eine Menge schöner Stiche aufgehängt, den Wänden mit alten Waffen und Webestepptischen ihre Schärfe genommen, hohe alte Binnkrüge von seltsamen Formen statt der Photographien aufgestellt und dem Raum etwas von seinem eigenen Wesen mitgeteilt.

Natürlich bewunderte Frau Feldweibel. Aber er merkte, daß sie ihre eigene Ausstattung schöner fand. Die alten Krüge wollte sie mit Buppomade blank reiben. Und dann hatte sie noch ein Anliegen.

Da wurde sie schämig und kuckerte: es sei ja nur wegen der Töchter... da hinge ein Bild, gleich neben der Tür... das sei, klug, klug, doch ein wenig, klug, unanständig.

„Das da?“ fragte Peter Körner erstaunt. Es war irgend eine Eva, von Bourguereau, etwas süß, aber berüchtigt durch die Verkürzung des Beines. Nicht sein Geschmack; die Dekoration eines Freundes, die er halt mit aufgehängt hatte.

„Ja, die war es!“
„Aber beste Frau Feldweibel... das ist doch sozusagen eine Dame. Die kann doch auf ihre Töchter... nee wirklich, das versteht' ich nicht!“

Das Würzel waackelte stärker beim schämigen Lachen. Die Augen gingen nach oben und unten — „wie 'ne Henne, die Wasser schluckt“ —: „Ja, die jungen Herren... klug... ist ja auch nichts zu sagen. Wie die Welt heute mal ist! Aber meine Töchter sind noch so lieblich!“

Da drehte Peter Körner das Bild um.

brachte sich ein 55jähriger Hilfsarbeiter Schmittwunden bei. Der Lebensmüde wurde ins Katharinenhospital verbracht.

Aus dem Lande

Hall, 8. Juli. Das Los des Legionärs Theatersfragen. Den Angehörigen des früheren Notariatskandidaten Heinrich Hierolf von hier ist die Nachricht zugegangen, daß er in den Marokkokämpfen gefallen sei. Er war in der französischen Fremdenlegion. — Der Direktor des Kurtheaters, Braun, beabsichtigt, auf dem Marktplatz im August dieses Jahres an drei Sonntagen das Hofmannsthal'sche Mysterienspiel „Jedermann“ aufzuführen. Bei dem Spiel sollen 250 Personen mitwirken. Der Gemeinderat ist in Beratungen über diese Theaterfrage eingetreten.

Giengen a. Br., 8. Juli. Der 22 Jahre alte Sohn des Maurermeisters Dit von Haunsheim ritt ein Pferd seines Dienstherrn Griminger in Lauingen in die Schwemme. Dabei kam er anscheinend in einen Sumpfen, fiel vom Pferd und erkrankte, da er des Schwimmens nicht kundig war.

Süßen Oa. Geislingen, 8. Juli. Rißglücklicher Bish-tran-transport. Der Geselle des Mehrgemeisters Joh. Edle in Großflühen stürzte mit einem Stier, den er in Unteröhringen geholt hatte, auf der Höhe des Grünenberges auf unaufgeklärte Weise in eine tiefe „Klinge“. Der Mehrgeselle erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, während der Stier heil davon kam.

Neuhingen, 8. Juli. Gewerbe- und Industrie-Ausstellung. Zu der Gewerbe- und Industrie-Ausstellung, die in Verbindung mit dem vom 15. bis 17. August dieses Jahres in Neuhingen stattfindenden Verbandstag der württ. Gewerbevereine eröffnet wird, schreiben die Vorbereitungen rüstig fort. Kleinhandwerk wie Industrie der gewerbereichen Stadt haben gewetteifert, mit den Ausstellungsgegenständen dem alten guten Ruf der Neuhinger Erzeugnisse gerecht zu werden und den Beweis zu führen, daß Gewerbe und Industrie in vorderster Reihe an dem technischen Fortschritt der Zeit beteiligt sind. Zugleich mit der Gewerbeausstellung wird im großen Schulgebäude eine andere Ausstellung eröffnet sein, die alle Arbeiten der Gewerbeschule, der Frauenarbeitschule und andere Schularbeiten zur Schau bringt.

Knittlingen, Oa. Maulbronn, 8. Juli. Sturz vom Kirchturm. In Knittlingen stürzte der 18 Jahre alte Sohn des Christian Knobel beim Kirchturmsputzen vom Baum und zog sich lebensgefährliche Verletzungen zu.

Kostweil, 8. Juli. Bestrafte Kirchendiebe. Wegen des Kircheneinbruchs in Hausen a. Thann fällt das Schöffengericht folgendes Urteil: Anton Reher von Hausen a. Th. erhielt 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, Robert Kerber von Braunschweig 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, Hermann Dalse, Arbeiter von Wulkenstadt, 3 1/2 Jahre Gefängnis und 6 Jahre Ehrverlust, Albert Jung von Ofleben 4 Monate Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Die Raubgesellen hatten am 17. Juni 1925 den Tabernakel erbrochen und seines Inhalts beraubt.

Mochenwangen, Oa. Ravensburg, 8. Juli. Einbruchsdiebstahl. In der Nacht auf 4. Juli wurde hier in drei Wirtschaften eingebrochen. Als Täter wurde der Gipser Hermann Rohr von Hochmöffingen (Oberndorf) ermittelt und an das Amtsgericht Ravensburg eingeliefert. Er ist ein gewerbsmäßiger Einbrecher und wird wegen weiterer schwerer Diebstähle vom Amtsgericht Oberndorf und Heilbronn, sowie von der Staatsanwaltschaft Lörach gesucht.

Mackfenken, Oa. Leutkirch, 8. Juli. Autounfall. Einige hundert Meter nördlich des Bahnausgangs wurde das 10jährige Töchterchen Fanny des Käfereibesizers Neutemann von Breitenbach von einem Münchener Personauto angefahren und am Kopf ziemlich schwer verletzt.

Winterstellen, Oa. Leutkirch, 8. Juli. Brand. In dem Wohnhaus und Dekonomiegebäude des J. Weller entstand aus bis jetzt unbekannter Ursache ein Brand. Das Vieh und die Schweine konnten gerettet werden, das Gebäude brannte jedoch bis auf den Grund nieder.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 8. Juli.

Der Landtag lehnte gestern nachmittag den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Regierung gegen die Stimmen der Kommunisten und der Sozialdemokratie ab. Die Demokratie enthielt sich der Abstimmung, weil sie sich von den Kommunisten das parlamentarische Verhalten nicht vorschreiben lassen wollte. Ein komm. Antrag auf Aufhebung des Gesetzes und des Staatsgerichtshofs zum Schutz der Republik wurde an den Rechtsausschuß überwiesen, ein Antrag

Scheef (Dem.) auf durchgreifende Reform der gesamten öffentlichen Verwaltung des Landes, auf wesentliche Verminderung der Zahl der Behörden und auf Vereinfachung des Geschäftsgangs angenommen.

Das Haus geht zur Weiterberatung des Staatshaushaltplans über. Zu Kapitel 31—39 (Arbeits- und Ernährungsministerium) wünscht Abg. Hornung (Bauernb.) eine Beschränkung des Tätigkeitskreises dieses Ministeriums, das mit der Zeit auch ganz aufgehoben werden könnte. Eine Zentralkasse für Landwirtschaft und daneben noch eine Landwirtschaftskammer sei des Guten doch zu viel. Die Landwirtschaft brauche bessere Preise und dazu sei ein lückenloser Zolltarif nötig. Mit der Reichsregierung war der Redner garnicht einverstanden und erzielte große Heiterkeit, als er erklärte, die heutige Regierung in Berlin sei immer noch eine Ebert-Regierung, denn es habe sich noch garnichts geändert. Zum Schluß gab der Redner der Sozialdemokratie den Rat, ihr „warmes Herz für die Landwirtschaft“ in die Tat umzusetzen. Abg. Gengler (Str.) verlangte den Ausbau der Nebenbahnen und als Ziel der deutschen Handelspolitik die Herabsetzung der hohen Zölle in den anderen Staaten. Es gehe nicht an, unter der Maske der Militärkontrolle die deutsche Wirtschaft niederzubalten. Die Luxussteuer sei vielfach eine Behinderung der Qualitätsarbeit. Die bedauerlichen Klagen gegen die Eisenbahn würden sich erst ausgleichen lassen, wenn der Arbeitnehmer seine Existenz gesichert sehe. Abg. Ulrich (S.) hielt eine Auflösung des Arbeitsministeriums nicht für geboten. Er verlangte den Ausbau der Sozialversicherung und brachte noch eine Reihe von Wünschen sozialpolitischer Art vor. Abg. Ernst Schumacher (Komm.) wandte sich gegen das Unternehmertum, gegen Mißstände im Verbringswesen, gegen die Preispolitik und gegen die Erzeugerpreise bei der Landwirtschaft. Abg. Henne (Dem.) bat den Arbeitsminister, einerseits den Arbeitern und Handwerkern, andererseits der Landwirtschaft das gleiche Wohlwollen angedeihen zu lassen. Inzwischen waren zwei Anträge Dingler (BB.) eingegangen, das Landesamt für Arbeitsvermittlung und die Landespreisstelle alsbald aufzuheben.

In der Sitzung am Mittwoch erklärte zunächst Staatsrat Rau, das Ziel gehe dahin, das Arbeits- und Ernährungsministerium als Ministerium für die Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Dazu gehöre auch die Sozialpolitik. Die Lage der württ. Industrie sei befriedigend. Es herrsche eher Arbeitermangel als Erwerbslosigkeit. Auch die Arbeiterschaft habe an der augenblicklichen Miete der Industrie Anteil, denn die Lohnentwicklung in Württemberg sei so, daß gerechte Wünsche der Arbeiter ihre Erfüllung gefunden haben. Der Durchschnitt der Löhne betrage 151 v. H. gegenüber der Vorkriegszeit, der Lebenshaltungsinde 138 v. H. Daher sei die Behauptung, daß die gesamten Lasten auf die Arbeiterschaft geladen würden, eine starke Übertreibung. Der Reichsbahndirektion Stuttgart sollte der Redner Anerkennung dafür, daß sie die durch den Krieg heruntergewirtschaftete Eisenbahn wieder auf eine erträgliche Höhe gebracht habe. Für die Erstellung der Kaufstellen auf den Bahnhöfen aber verdiene die Reichsbahndirektion keine Anerkennung. Wenn die Behörden einmal anfangen, kaufmännisch zu handeln, so komme nichts Gutes dabei heraus. Kaufmännisch bedeute nicht wirtschaftlich, wirtschaftlich zu denken und zu handeln sei Pflicht. Die württ. Regierung sei bereit, zum Weiterbau der Nebenbahnen 37 1/2 v. H. der Restsummen aufzubringen. Leider seien die Verhandlungen mit dem Reich noch nicht zum Abschluß gekommen. Die Oberpostdirektion Stuttgart verdiene Anerkennung dafür, daß sie immer versucht habe, die württ. Interessen durchzusetzen. Befriedigend sei der Flugverkehr in Württemberg. Die wirtschaftliche Entwicklung müsse selbst dazu führen, daß überflüssige und nichtwirtschaftliche Betriebe ausgeschaltet werden.

Abg. Pflüger (Soz.) sprach scharf gegen den Bauernbund, der Regierungs- und Oppositionspolitik zugleich betreiben wolle und Stadt und Land verheße. (Abg. Dr. Hörscher ruft: Das ist lächerlich und abern. Er erhält deshalb vom Präsidenten einen Ordnungsruf.)

Abg. Ströbel (Bauernb.): Er wisse die alles Maß übersteigenden, verleumderischen Angriffe Pflügers entschieden zurück. Eine solche Beschimpfung einer Partei sei im Landtag noch nicht vorgekommen. (Große Unruhe. Präsident Körner läßt öfters die Glocke ertönen). Ströbel erklärt, man habe jetzt den Stall auszumisten, den die Sozialdemokratie hinterlassen habe.

Nachdem dann noch die Abgg. Albert Fischer (Komm.) und Pflüger (S.) gesprochen hatten, wurde das Kap. 31 Ministerium genehmigt und ein Antrag Dingler (BB.), die Landespreisstelle aufzuheben, gegen die Stimmen von Soz., Komm. und Wöl. angenommen.

Eine längere Aussprache knüpfte sich auch an das Kap. 32 (Zentralkasse für die Landwirtschaft), wobei mehrere Ab-

„Also schonen wir die jungen Gemüter!“
Die wackere Frau wolle sich gerade zurückziehen, als ihm noch etwas einfiel. Ob Herr Bühlke schon lange Stabssekretär sei? Nein? Und was man denn sonst von ihm höre? Er hätte so 'n merkwürdig interessantes Gesicht!

Da war Frau Neugebauer in ihrem Fett.

„Ach Gott, Herr Referendar... man will ja nicht klatschen. Immer vor der eigenen Tür sitzen, hat mein Seliger gesagt. Der Bühlke ist ja auch soweit 'n anständiger Mensch. Trinkt nicht, spielt nicht, läuft den Frauenleuten nicht nach. Aber er ist doch so furchtbar hinter der Zule Fischer her!“

Unwillkürlich pfiß Peter Körner. „So, so“, nickte er, „sehen Sie mal an!“

„Jawoll doch! Will sie heiraten, bettelt, fleht... die kennen sich ja schon von der Schulbank. Das ging schon früher... meine Elfriede war doch mit der Zule Fischer in einer Klasse. Aber wenn sie doch nicht will? Herr Jesus nee, es gibt doch noch andere Mädchen. Und bessere! Man will ja nicht klatschen, aber sehr ordentlich und penibel ist die Zule gewiß nicht. Na, und dann will sie hoch hinaus. Und immer mit den Referendaren... die ganze Stadt lacht den Herrn Bühlke aus!“

Frau Feldweibel hatte die Hände über der Brust gefaltet und seufzte. Wenn so einer doch ihren Töchtern mal nachliefe!

„Und die Referendare“, sagte Peter Körner lachend, „haben also gleichsam das Privileg, Fräulein Fischer den Hof zu machen? Das ist drollig. Die reinste Fakultäts-schönheit.“

Einen Augenblick leuchtete die Neugebauerin verlegen. Das mit der Fakultät leuchtete ihr nicht recht ein. Doch so unaufhörlich bearbeitete sie.

„Da steckt mehr der Alte dahinter“, erwiderte sie. „Er ist doch auch so 'n Stück Winkelkonsulent. Und da braucht er manchmal die Herren vom Gericht. Na, mich geht's nichts an. Wer anderer Leute Suppe bläst...“

Beinahe hätte der Referendar wieder gepfeifen. „Also aus der Luke guckt du“, dachte er. Mehr brauchte er nicht zu wissen.

Er sah, als Frau Feldweibel gegangen war, noch lange auf den dunklen See hinaus.

Vieles war ihm nun klarer. Einen Augenblick hatte er beinahe Mißmut empfunden. Als ob ein häßlicher Fleck auf der Referendarin säße.

Aber nach allem, was er von Buttke gehört, war sie selbst unschuldig daran, wenn der Alte die Verehrer seiner Tochter für seine Zwecke ausnutzte.

Denn daß sie schon einen bevorzugt hätte oder gar mit Absicht in ihre Netze gezogen, konnte niemand behaupten.

Er selber mußte ja, daß sie einem das Herankommen nicht leicht machte.

Er lächelte. Ein wenig eitel. Es wäre hübsch, wenn ihm gelänge, was den andern nicht gelungen war. Der Spröden die Stacheln — die Parastacheln — ausbrechen, sie fest in die Arme nehmen, die Besiegte küssen, ihr mit beiden Händen in den starken, wuscheligen Knoten fahren —

Da schwand das Lächeln. Peter Körner drückte sich zur Lampe zurück. Ein Wälchen zog über seine Stirn.

Das „russische“ Gesicht war ihm plötzlich in die eitlen Träume gekommen.

(Fortsetzung folgt.)



geordnete insbesondere für den Schutz der Landwirtschaft durch Zölle und für die Erhaltung des Weinbaus eintreten. Weitere Wünsche bezogen sich auf den landw. Unterricht, Feldbereinigung, Vieh- und Pferdezücht, sowie Bienenzucht. Staatsrat Kau erklärte, es sei unbedenklich, daß die Landwirtschaft ohne ausreichenden Zollschutz gelassen werden könne, wenn die Industrie Zollschutz genieße. Solange man von Hochschutzzollstaaten umgeben sei, könne man keine Handelspolitik treiben. Für die Weingärtner sei eine Kredithilfe eingeplant. Die Syndikate hätten eine große volkswirtschaftliche Bedeutung. Schließlich wurden Kap. 32 (Zentralstelle für die Landwirtschaft) und Kap. 33 (Landgestüt) angenommen und die Weiterberatung auf Donnerstag vormittag vertagt.

Baden

Bruchsal, 8. Juli. Nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung steht fest, daß der Arbeiter Ludwig Thome aus Bruchsal ermordet worden ist. Thome wurde erschossen und dann in den Bach geworfen. Als der Tat dringend verdächtig ist der im Stadtgraben wohnende Händler W. Wagner verhaftet worden.

Malsch bei Stellingen, 8. Juli. Im Steinbruch des Florian Bullinger stürzte der verheiratete 43jährige Steinbrecher Valentin Wipfler von Böllersbach 10 Meter hoch von einer Steinwand herunter. Man verbrachte ihn in das dortige Spital, wo er eine Stunde später verstarb.

Heidelberg, 8. Juli. Nun ist das Teilwerk der Kanalisierung des Neckars bei Heidelberg vollendet. Am Donnerstag früh wird mit der endgültigen Aufstauung des Neckars durch das Schleusenwerk am Schwabenheimerhof begonnen. Die Schiffsahrt, die jetzt des geringen Wasserstandes wegen ruht, wird auf dem gestauten Neckar wieder in normaler Weise einsehen.

Mannheim, 8. Juli. Am Montag wurden in Ludwigs-hafen die beiden Brüder Edmund und Willi Bilgis, hier wohnhaft, unter dem Verdachte der Fälschmünzerei verhaftet. Die beiden verurteilten in Mundelsheimer Gefängnis fälschte Dreimarkstücke.

Kehl, 8. Juli. Die an den Hoden erkrankte 30 Jahre alte Krankenschwester Frieda Wirth ist jetzt im Städtischen Krankenhaus gestorben.

Singen a. S., 8. Juli. Der hiesige 53jährige Fabrikarbeiter Gottlieb Stöckinger wurde vor einigen Tagen, als er sich abends nach Beendigung seiner Schicht nach Hause begeben wollte, plötzlich überfallen und schwer mißhandelt. Die Wegegänger hatten es anscheinend auf die Löshnung des Ueberfallenen abgesehen, doch mußten sie sich aus dem Staube machen, da Hilfe herzu kam.

Villingen, 8. Juli. In der Scheuer des Landwirts Wilhelm Haller brach Feuer aus, das die reichen Heu- und Strohvorräte vollkommen vernichtete. Es verbrannten 200 Zentner Heu und 50 Zentner Stroh sowie eine große Anzahl landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte.

Trieburg, 8. Juli. Der Einbrecher Kimmig aus Unterharmersbach, welcher im Mai und Juni die Umgegend, besonders Bollenbach und Schnelllingen unsicher machte, konnte verhaftet werden. Kimmig ist erst im April aus dem Gefängnis in Offenburg entlassen worden.

Freiburg, 8. Juli. Hier wurde ein verwitweter Kaufmann, der seit längerer Zeit vermißt wurde, an der oberen Bodlesau im Walde erschossen aufgefunden. Nach der gerichtlichen Untersuchung liegt Selbstmord vor.

lokales.

Wildbad, 9. Juli 1925.

Kombiniertes Konzert. Am nächsten Sonntag abend 7/9 Uhr findet im Kurf-a-l wieder eines der so rasch beliebt gewordenen kombinierten Konzerte des Liedertanzes Wildbad und einiger Mitglieder unseres Kurorchesters statt, worauf wir heute schon aufmerksam machen. Das Programm verspricht einen genussreichen Abend. Karten zu Mk. 1.50 und Mk. 1.— sind im Vorverkauf an der Kasse des König-Karl-Bades zu haben; Inhaber von weißen Kurtagkarten haben zu Mk. 1.— Zutritt.

Ertapter Einbrecher. Ein hiesiger Gasthofbesitzer bemerkte schon längere Zeit Abmangel in seinem Keller. Gestern früh 1/3 Uhr nun gelang es der Polizei, einen vorbestraften hiesigen Einwohner auf frischer Tat zu erwischen und festzunehmen. Er hatte sich gerade wieder im Gasthofkeller gut schmecken lassen und gedachte offenbar wieder auf einige Zeit Lebensmittel in sein Hamsterlager, eine Feldschnecke, zu verbringen.

Landeskurtheater. Heute abend 8 Uhr gelangt der gute alte Schwank „Der Raub der Sabinerinnen“ mit Walter Fischer-Achten in der Hauptrolle als Theaterdirektor Emanuel Strieße zur Aufführung. Freitag abend kommt die erfolgreiche Bauernkomödie „Cheftrick“, welche z. Bt. in München täglich gegeben wird und schon über 50 ausverkaufte Häuser erzielte. Samstag abend wird die beliebte Operette „Madame Pompadour“ mit Mia Mabel in der Titelpartie wiederholt. Weitere Hauptpartien finden in Händen von Else Schlegel, Egid Lorriff, Rudolf Rebey, Hans Aug. Hertel, Peps Graf, H. B. Benedikt. Sonntag nachmittag 4 Uhr wird die 1. Kindervorstellung gegeben. Zur Aufführung gelangt das lustige Kindermärchen „Das tapfere Schneiderlein“ zu kleinen Preisen. Abends 8 Uhr gelangt das Originalvolkstück mit Gesang „Mein Leopold“ von A. V. Arronge erstmals zur Aufführung. Die Hauptrollen liegen in Händen von Else Schlegel, Else Schuchhard, Trude Kuhn, Walter Fischer-Achten, Karl Milling, A. Meyer-Brühns.

Aus der Sitzung des Gemeinderats vom 30. Juni 1925.

Erbauung eines Krankenhauses. Der Vorsitzende berichtet über die seitherigen Verhandlungen wegen Erweiterung des Bezirkskrankenhauses in Neuenbürg. Die Notwendigkeit der Erweiterung, insbesondere der Einrichtung einer Isolierabteilung für ansteckende Kranke, ist sowohl von ärztlicher Seite, als auch von der Amtsversammlung anerkannt worden. Die Kosten der Erweiterung wurden anfänglich auf 200 000 M. geschätzt; neuerdings werden die Gesamtkosten des Erweiterungsbaues mit Einrechnung aber auf 400 000 bis 500 000 M. veranschlagt. Angehts der Höhe dieser Summe und der Schwierigkeit der Geldbeschaffung ist an die Städte Neuenbürg und

Wildbad das Ansuchen gestellt worden, die Aufnahme der erforderlichen Darlehen dadurch zu ermöglichen, daß beide Städte je für einen Teil der Darlehen hypothekarische Sicherheit durch Verpfändung städtischen Grundbesitzes leisten. Hiezu gibt der Gemeinderat folgende Aeußerung ab:

Da die hiesige Stadtgemeinde sich infolge der Entwicklung des Bades vor die Notwendigkeit gestellt sieht, in absehbarer Zeit selbst ein Krankenhaus hier zu erbauen, so ist es ihr unmöglich, für das Bezirkskrankenhaus in Neuenbürg, für das sie selber die Kosten mitzutragen hat, noch weitere Opfer zu bringen. Die Verpfändung städtischen Grundbesitzes zur Beschaffung der Geldmittel für den Erweiterungsbau des Bezirkskrankenhauses verbietet sich auch schon aus dem Grunde, weil die hiesige Stadtgemeinde ihren Kredit in den nächsten Jahren für ihre eigenen Bedürfnisse voll in Anspruch nehmen muß. Im übrigen gibt der Gemeinderat dem Bezirksrat und der Amtsversammlung zur Erwägung anheim, ob nicht der Erbauung eines zweiten Bezirkskrankenhauses in Wildbad der Vorzug zu geben ist vor einer Erweiterung des bestehenden Bezirkskrankenhauses in Neuenbürg. Denn es ist anzunehmen, daß im Falle der Erbauung eines städtischen Krankenhauses in Wildbad die Kranken von Wildbad, Colmbach und Enzlstöckle, vielleicht auch teilweise von Höfen, Döbel, Langenrand und Schönberg in das Wildbader Krankenhaus abwandern werden, wodurch dann das Bezirkskrankenhaus in seinem jetzigen Zustand mehr als genügend groß wäre, ja auch noch Platz für die erforderliche Isolierabteilung hätte. Es könnte dann der Fall eintreten, daß der jetzt für die Erweiterung zu machende hohe Aufwand von ca. einer halben Million, der eine Erhöhung des Amtsbudgets um jährlich etwa 50 000 Mark bedeutete, sich nachträglich als ein unnötiger herausstellen könnte. Die Erbauung eines Krankenhauses in Wildbad ist unausbleiblich und nicht länger zu verschieben. Das Bedürfnis hiezu lag schon bei der Erbauung des Bezirkskrankenhauses in Neuenbürg vor und es wurde seinerzeit der hiesigen Stadtgemeinde von der Amtsversammlung ein Beitrag von 50 000 Mark zum späteren Neubau eines Krankenhauses in Wildbad in Aussicht gestellt. Für den Fall, daß sich die Amtsversammlung zum Bau eines zweiten Bezirkskrankenhauses in Wildbad entscheiden würde, stellt die hiesige Stadtgemeinde weitgehendes Entgegenkommen in Aussicht. Sie wäre bereit, den Bauplatz unentgeltlich zu überlassen, einen Baukostenbeitrag von 100 000 Mark zu leisten und außerdem bei der Aufbringung der erforderlichen Geldmittel behilflich zu sein.

Staffelaufgang zur Charlottenstraße. Die Anlieger der Charlottenstraße und des Stichwegs bitten um Herstellung eines Staffelaufgangs von der König-Karl-Straße zwischen dem Fremdenheim Herrnhilfe und dem Forsthaus Meißern bis zur Charlottenstraße. Durch Beschluß vom 8. August 1913 wurde den Geschützern die Ausführung des Staffelaufgangs in Aussicht gestellt, wenn sie sich zur Tragung etwa der Hälfte der damals auf 8650 M. veranschlagten Baukosten verpflichten. Durch Beschluß vom 7. März 1919 wurde auf ein erneutes Gesuch die Ausführung des Aufgangs der hohen Baukosten wegen verschoben, da die Staffelfraße weniger einem Bedürfnis des öffentlichen Verkehrs als der Bequemlichkeit der wenigen Anlieger der Charlottenstraße dienen würde. Das Stadtbauamt schätzt jetzt die Kosten der Ausführung des Aufgangs als Staffelfraße auf 20 000 M.; als einfacher Weg mit Prägekufen auf 5000 M. Der Gemeinderat spricht die Genehmigung aus, der Ausführung des Weges mit einfachen Holz- oder Steinplatten näher zu treten. Das Stadtbauamt wird beauftragt, Plan und Kostenvoranschlag über einen solchen zu fertigen und mit den Anliegern über Führung des Straßenzugs zu verhandeln.

Die Anbringung eines einfachen Brunnens aus Naturstein (Findling) auf dem Baldriedhof wird genehmigt und das Stadtbauamt mit Planfertigung und Vergabung der Arbeiten beauftragt. Ferner wird die Aufstellung mehrerer Bänke auf dem Baldriedhof und auf dem Wege dahin in der Paulinenstraße gutgeheißen.

Anstelle des zurückgetretenen Totengräbers und Leichenbeforgers Riezingler wird Chr. Aberle als solcher bestellt.

Die Arbeiten zur Herstellung des Sportplatzes werden auf Grund des schriftlichen Angebots vom 20. Juni 1925 dem Wilhelm Krauß, Maurermeister hier, um das niederste Gebot mit einer Endsumme von 47 258 M. unter Bürgschaft des Ernst Dieß hier übertragen. Das Stadtbauamt wird beauftragt, den akkordmäßigen Fortschritt und die rasche Vollendung der Arbeit mit allen zu Gebot stehenden Mitteln zu erreichen. Als Bauaufseher, dem namentlich die Aufsicht über die vorfristmäßige Ausführung der Beton- und der Drainage-Arbeiten zur Pflicht gemacht wird, wird Gemeinderat Chr. Bott hier gegen den Stundenlohn eines Bauarbeiters aufgestellt.

Die Bauarbeiten zur Ausführung des Wehrneubaues werden der Firma Adolf Schanz und W. Schill um das niederste Gebot von 17 280 M. übertragen; die Bauarbeiten zur Herstellung des Uferschutzes beim städt. Elektrizitätswerk dem Maurermeister Robert Krauß um das niederste Gebot von 5985 M.

Evang. Gottesdienst. Donnerstag, den 9. Juli, 4 Uhr nachm. im Katharinenhst, biblische Andacht: Stadtpfarrer Dr. Federlin.

Gewerbe-Ertragsbescheide für 1. Januar 1924 bis 31. März 1926.

Die Gewerbebesteuer-Veranlagung für diesen Zeitraum ist durch das Finanzamt Neuenbürg fertiggestellt und es sind die Bescheide hierüber in den letztverfloffenen Tagen zugestellt worden. Der nunmehr festgestellte und in dem ausgehändigten Bescheid genannte steuerbare Gewerbe-Ertrag setzt sich zusammen aus dem zweieinhalbfachen Betrage der für das Kalenderjahr 1924 an das Finanzamt entrichteten Einkommensteuer-Vorauszahlungen und 3 % des steuerbaren gewerblichen Betriebsvermögens ohne Grundstücke und Gebäude.

Aus dem festgestellten steuerbaren Gewerbeertrag wird die Staatssteuer und Gemeindeumlage für die beiden Rechnungsjahre 1924 (vom 1. Januar 1924 bis 31. März 1925) und 1925 (vom 1. April 1925 bis 31. März 1926) berechnet und erhoben. Zunächst kommt die Steuer für die genannten 5 Vierteljahre 1. Januar 1924 bis 31. März 1925 zur Umlage und zwar mit 9,25 % für den Staat und 17 % für die Gemeinde (Staatssteuer für das 1. Vierteljahr 1924 = 1,25 % und Gemeindeumlage 5 % und für die übrigen 4 Vierteljahre Staatssteuer 8 % und Gemeindeumlage 12 %, was die genannten Prozentsätze für 5 Vierteljahre ergibt).

Ueber die Steuer-schuldigkeit pro 1924 werden in den nächsten Wochen besondere Steuerzettel zur Ausgabe

gelangen. Die bisher für die 5 Vierteljahre 1. Januar 1924 bis 31. März 1925 geleisteten geschuldeten Gewerbe-Steuer-Vorauszahlungen kommen an der neu berechneten Schuldigkeit in Abzug und es ist eine etwaige Rest-schuldigkeit binnen 2 Monaten zur Hälfte nachzuführen. Betragen die pro 1924 bisher geleisteten Vorauszahlungen mehr als die auf Grund des steuerbaren Gewerbe-Ertrags berechnete Schuldigkeit an Staatssteuer und Gemeindeumlage, so wird die Hälfte der Zuvielzahlung auf das Rechnungsjahr 1925 übertragen und für dieses Rechnungsjahr angerechnet.

Ist ein Gewerbebetrieb im Laufe des Jahres 1924 neu begonnen worden, so wird die Steuer-schuld nur für die Monate berechnet, in denen die Steuerpflicht des Unternehmens bestanden hat.

Die Gewerbebesteuer-Vorauszahlungen ab 1. April 1925 sind jetzt auf Grund des neu festgestellten steuerbaren Gewerbe-Ertrags und nicht mehr in Höhe der Hälfte der Einkommensteuer-Vorauszahlungen zu entrichten. Die Jahres-schuldigkeit beträgt zur Zeit 20 % des Gewerbe-Ertrags (8 % Staatssteuer und 12 % Gemeindeumlage), wovon jeden Monat 1/12 Teil zur Zahlung fällig ist. Die für April 1925 und folgende Monate bereits entrichteten Vorauszahlungen werden auf die neu berechnete Schuldigkeit angerechnet.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Ordensverleihung. Dem Münchner Maler Professor von Hermann wurde die Friedensklasse des Ordens Pour le Merite verliehen.

Todesfall. Lothar Megendorfer, der bekannte Gründer der „Megendorfer Blätter“ in München, ist im 78. Lebensjahr gestorben.

Denkmalweihe. In Berchtesgaden (Oberbayern) wurde ein Denkmal des bekannten verstorbenen Schriftstellers Ludwig Ganghofer eingeweiht, der am 6. Juli seinen 70. Geburtstag gefeiert haben würde.

Die Bayreuther Festspiele. Die Proben zu den Bayreuther Festspielen, die zwischen dem 20. Juli und 20. August stattfinden, haben unter der Leitung von Siegfried Wagner am 15. Juni begonnen. Zur Aufführung gelangen Parsifal, Meistersinger und Ring des Nibelungen. Die musikalische Leitung übernimmt Dr. Karl Rüd. Das Personal ist bedeutend vermehrt, auch die äußere Aufmachung hat einschneidende Änderungen erfahren, da der Bühnenraum und die Werkstätten durch einen Neubau um fast 1000 Quadratmeter erweitert worden sind. Unter den neuen Mitwirkenden befindet sich Wolfram Humperdinck, der Sohn des verstorbenen Komponisten der Oper „Hänsel und Gretel“, der ein treuer Freund Richard Wagners und dessen erster musikalischer Gehilfe in Bayreuth gewesen war.

Streik der sächsischen Glasindustrie. In der sächsischen Hohlglas- und Porphylglasindustrie ist ein allgemeiner Lohn- und Tarifkampf ausgebrochen. Die Arbeiter haben die Arbeitsstätten verlassen.

Die größten Städte Deutschlands. Das Deutsche Reich in seinem gegenwärtigen verminderten Umfang besitzt nach der Zählung vom 16. Juni 1925 45 Großstädte d. h. Städte mit über 100 000 Einwohnern, wozu noch im „Saargebiet“, das nicht mitgezählt werden durfte, die Stadt Saarbrücken mit etwa 125 000 Personen kommt. An der Spitze steht Groß-Berlin mit 3 068 388 Einwohnern, dann folgen Hamburg 1 059 558, Köln 690 114, München 671 548, Leipzig 600 140, Dresden 608 025, Breslau 588 331, Offen 462 428, Frankfurt a. M. 457 831, Düsseldorf 429 516, Hannover 414 992, Nürnberg 384 272, Stuttgart 337 199, Chemnitz 323 153, Dortmund 313 245, Magdeburg 287 932, Bremen 287 840, Duisburg 272 080, Königsberg i. Pr. 266 205, Slettin 259 709, Mannheim 242 236, Kiel 209 798, Gelsenkirchen 204 178, Halle a. S. 192 497, Barmen 184 700, Aitona 182 165, Kassel 167 918, Elberfeld 164 374, Augsburg 162 135, Bochum 156 363, Aachen 153 767, Karlsruhe 144 700, Braunschweig 144 677, Erfurt 133 707, Trefeld 129 674, Hamburg 126 494, Wülheim a. Ruhr 125 526, Lübeck 120 218, M.-Gladbach 114 336, Plauen i. B. 109 953, Mainz 107 532, Wiesbaden 104 662, Münster i. Westf. 104 561, Oberhausen 104 353, Ludwigshafen 100 070. — In diesen 45 Großstädten leben insgesamt 16 373 480 Personen oder fast der vierte Teil der Reichsbevölkerung. Die Großstadtbevölkerung hat von 1910 auf 1919 um 2,6 v. H., von 1919 auf 1925 um 5 v. H., von 1910 auf 1925 um 7,8 v. H., wohl hauptsächlich durch Zuzug, zugenommen, während die Zunahme bei der gesamten Reichsbevölkerung 1910/1925 8,1 v. H. betragt.

Der Reiseverkehr in Berlin. Die Schweizerische Gesandtschaft in Berlin hat in der letzten Woche täglich über 700 Reisepässe in die Schweiz beglaubigt. Vom 3. bis 8. Juli sind von den Berliner Bahnhöfen 40 000 Fernkarten zu ermäßigten Preisen ausgegeben worden. Die Gesamtzahl der Berliner Ferienreisenden wird heuer auf 200 000 geschätzt. Außer der Schweiz wird namentlich Deutschland, Schweden und die Ostsee bevorzugt. Alle Sonderzüge sind überfüllt, selbst die verfügbaren Plätze in den Flugzeugen sind zum Teil auf 4 bis 6 Wochen hinaus vergeben. Im vorigen Jahr war der Verkehr weit geringer, weil noch die Verordnung bestand, daß nur ein Betrag bis zu 500 Goldmark ins Ausland mitgenommen werden durfte.

Zum Einbruch in der Peterskirche. Der römischen Polizei ist es gelungen, sämtliche acht Diebe, die den Einbruchsdiebstahl in der Sakramentener Kirche von St. Peter verübt hatten, zu verhaften. Die geraubten Gegenstände sind wieder herbeigeschafft, allerdings sind sämtliche Edelsteine aus dem Gold herausgehoben, doch hofft man auch diese wieder beibringen zu können. Das wertvollste Stück ist ein goldenes Kreuz, das die Republik Columbien dem Papst Pius X. geschenkt hatte. Das Kreuz ruhte auf einem Smaragd, der zwar noch fehlt, den aber die Polizei auch wieder beibringen hofft.

In schlimmer Not wurden in Hamburg der Arbeiter Ripp aus Stuttgart und seine Familie aufgefunden, als sie vollständig mittellos und elend in den Straßen umherirrten. Auf der Polizeiwache gab die Frau einem Kind das Leben, sie wurde in ein Krankenhaus verbracht. Der Mann hat mit einem 13-jährigen Mädchen bei der Hamburger Familie eines Arbeiters vorläufige Unterkunft gefunden. Ripp war in der trügerischen Hoffnung, auswärts Arbeit zu finden, mit seiner Familie am 1. Mai auf die Wandererschaft gegangen und in voriger Woche in Hamburg angelangt.

Großfeuer. Die Oelfabrik und die Gewürz- und Farbholzmühlenwerke von Dr. Gröndel in Augsburg wurden größtenteils durch eine Feuersbrunst zerstört. Der Schaden ist bedeutend.

Handelsnachrichten

Dollarkurs, 8. Juli. 4.20.
 Dollarhochscheine 92.95.
 Kriegsanleihe 0.88.
 Franz. Franken 104.— zu 1 Pfd. St., 21.34 zu 1 Dollar.
Berliner Geldmarkt, 8. Juli. Täglic. Geld 9—10.5 v. H., Monatsgeld 10.5—11.5, Privatdiskont 7.875.
Ausfall der Börse. Die Börsennotierungen der Berliner, Hamburger und Frankfurter Effektenbörse beschlossen, als Zeichen des Protestes gegen den im Aufwertungsanspruch des Reichstags angenommenen Kompromißvorschlag, die Börse am 8. Juli zu schließen. Die Regelung der Aufwertung des Neubesitzes in Kriegsanleihe nur mit 2.5 v. H. statt der bisher erwarteten 5 v. H. hat lebhafteste Erregung hervorgerufen.
Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 29. Juni 1904 300, was eine Zunahme von 4653 gegen die Vorwoche und von 294 756 gegenüber der gleichen Woche des Vorjahres bedeutet.
Berliner Getreidepreise, 8. Juli. Weizen märk. 26.30—26.10, Roggen 23—23.20, Wintergerste 20.20—20.30, Hafer 23.30—24.20, Weizenmehl 33.50—36, Roggenmehl 31.25—32.25, Weizenkleie 12.80, Roggenkleie 13.50, Raps 34—35.5.

Allgäuer Butter- und Käsebörsen, Kempten, 8. Juli. Die Preise sind Erzeugerverkaufspreise ab Station des Bezugsgebietes ohne Verpackung für ein Pfund Butter 1. Güte 1.80 M., 2. Güte 1.55 bis 1.65 M., Tendenz abwartend, Weichkäse mit 20 v. H. Fettgehalt, grüne Ware, 68—75 J., Nachfrage im Erzeugergebiet gut, Allgäuer Rundkäse mit 45 v. H. Fettgehalt 1.20 bis 1.40 M., für schöne Ware gute Nachfrage.
Berliner Altmelasse, 8. Juli. Elektrolyt handelsüblich 107, 113; Tiegel unverzint Schwertpapier 107, 113; handelsüblich Rotkupf 98, 103; handelsüblich Rotkupfspane 82, 84; rein neu Messingabfälle 90, 95; Schwermessing handelsüblich 78, 82; handelsüblich Messing-schraubenspane 76, 80; oltres Weichblei 54, 57; Alzium handelsüblich 48, 50; Aluminiumblechabfälle 195, 215.

Rübe 280—1050, Kalbinnen 480—1000, Schmalotz 120—450 Mk.
 — Ragold: Ochsen 600—825, Stiere 300—470, Kühe 290 bis 490, Rinder und trächtige Kalbinnen 315—700, Schmalotz 125 bis 310 Mk. — Pforzheim: Ochsen 600, Kühe 300—600, Kalbinnen 400—620, Rinder 190—500 Mk. je das Stück.
Schweinepreise. Aalen: Milchschweine 30—40. — Gmünd: Saugschweine 30—48. — Hechingen: Milchschweine 25—44. — Ludwigsburg: Käufer 48—75, Milchschweine 30—44. — Ragold: Milchschweine 28—43, Käufer 49—60. — Oberstenfeld: Milchschweine 25—38. — Dehringen: Milchschweine 30—40, Käufer 55—65. — Ochsenhausen: Milchschweine 33 bis 40. — Niedlingen: Milchschweine 33—40, Mutterchweine 180—200, Käufer 50—70 d. St.
Aalen, 7. Juli. Schafmarkt. Zufuhr: 68 Östschafe, 8 Hammel, 34 Jährlinge, 8 Brachschafe. Verkauft wurden 52 Östschafe zum Preis von 60—78 d. P.
Fruchtpreise. Aalen: Kernen 14.80, Weizen 13.50—14.50, Roggen 12—12.90, Gerste 12—13.50, Haber 12.50—13 Mk. — Seidenheim: Weizen 12.80, Roggen 11.60, Haber 12. — Ragold: Weizen 12.50—15, Dinkel 9.50—9.80, Gerste 12, Haber 10—12, Roggen 12. — Niedlingen: Gerste 10.50—11, Haber 12—12.50. — Urach: Dinkel 9.20—9.50, Gerste 12.50 bis 13.50, Haber 12—13.20, Weizen 14, Roggen 11.50 d. Jtr.

Märkte

Pforzheim, 7. Juli. Schlachtviehmarkt. Auftrieb: 46 Ochsen, 7 Kühe, 22 Rinder, 14 Färren, 3 Kälber, 4 Schafe, 246 Schweine. Preise: Ochsen 1. 58—61, Rinder 1. 60—63, Ochsen und Rinder II. 48—52, Kühe 30—36, Färren 51—56, Schweine 80 bis 83 Mk. pro Zentner. Nachverkauf: langsam.
Viehpreise. Gmünd: Färren 255—585, Ochsen 550—600, Stiere 210—555, Kühe 250—570, Rinder 160—480 Mk. — Seidenheim u. T.: Färren 350—1350, Ochsen und Stiere 450—900.

Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer-Vorauszahlung, sowie Gebäudeentlastungssteuer für den Monat Juli 1925.

Die Grund- und Gebäudesteuern für Juli sind vorläufig in gleicher Weise und auf gleicher Grundlage wie bisher zu leisten.
 Die Gewerbesteuer-Vorauszahlungen sind jetzt auf Grund des neu festgestellten steuerbaren Gewerbe-Ertrages zu entrichten und es beträgt ab 1. April 1925 die Jahresschuldigkeit 20% des steuerbaren Gewerbe-Ertrages (8% Staatssteuer und 12% Gemeinde-Umlage), wovon jeden Monat ein Zwölftel fällig ist. Die ab 1. April 1925 entrichteten Vorauszahlungsbeträge kommen zur Anrechnung.
 Die Steuern werden am **Freitag, den 10. Juli 1925** von vormittags 8—12 Uhr und nachmittags 2—6 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses entgegengenommen. Die ausgegebenen Steuerzettel sind bei der Zahlung mitzubringen. Für rückständige Steuern werden Verzugszuschläge berechnet.
 Stadtschultheißenamt.

Bekanntmachung.

über die Einspruchsfrist gegen die Gewerbesteuer-Veranlagung für die Zeit vom 1. Januar 1924 bis 31. März 1926.
 Die Gewerbesteuer-Veranlagung für vorgenannte Zeit ist nunmehr abgeschlossen.
 Die Gewerbeertragsbescheide sind den Steuerpflichtigen zugegangen. Einsprüche gegen die Bescheide müssen bei Weidung ihres Ausschlusses in der Zeit vom 10. Juli bis 10. August 1925 eingelegt werden. Die Einsprüche, über die das Finanzamt entscheidet, sind beim Ortsvorsteher (nicht beim Finanzamt) schriftlich oder zu Protokoll einzureichen.
 Die Zahlungsverpflichtung wird durch die Einlegung des Einspruchs nicht aufgehoben.
 Stadtschultheißenamt.

Am Freitag, den 10. Juli 1925, nachm. 4 Uhr werden an der Lautenhofbrücke **2 Lose abgängige Brückenpflöcklinge** im öffentlichen Aufstreich gegen Barzahlung verkauft. Zusammenkunft an der Lautenhofbrücke.
 Wildbad, den 9. Juli 1925. Stadtpflege.

An die **Arbeitnehmer, Arbeitgeber u. Krankenkassenmitglieder von Wildbad und Parzellen!**
 Am Samstag, den 11. Juli, abends 1/2 9 Uhr, findet in der städtischen Turn- und Festhalle eine **öffentl. Versammlung** statt, in der zu folgender Frage Stellung genommen werden soll:
„Wollen wir ein eigenes Krankenhaus?“

Die Stadtgemeinde soll ein Baudarlehen für den Erweiterungsbau des Bezirkskrankenhauses in Neuenbürg geben. Wir sind aber der Meinung, daß in diesem Augenblick die Frage ernstlich erwogen werden muß, hier am Plage ein eigenes Krankenhaus zu erstellen, womit ein langgehegter Wunsch der Bevölkerung erfüllt wäre.
 Alle Krankenkassenmitglieder, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, sowie die gesamte Bevölkerung sind hiezu freundlich eingeladen.
 Den Gemeinderat laden wir hiezu insbesondere ein.
 Für die Ver. Gewerkschaften Wildbad: Für den Gewerbeverein: Referent: Kruse. Balz.

Württ. Pionier-Berein Ortsgruppe Wildbad.
 Der Kriegerverein Michelberg feiert am 2. August sein 25 jähriges Jubiläum. Hierzu ist an die Ortsgruppe Einladung ergangen.
 Diejenigen Kameraden, die sich daran beteiligen wollen, werden gebeten, sich beim Vorstand zu melden.
 Der Vorstand.
 Von Freitag morgen 9 Uhr ab sind bei der „Alten Linde“ starke württemb. Oberländer **Milch- und Läuferchweine** preiswert zu haben.
 Krämer, Pforzheim.

Todes-Anzeige.

Heute Nacht entschlief nach langem, schweren Leiden unser lieber Vater, Großvater und Schwiegervater

Herr **Hermann Cron** Privatier im 77. Lebensjahre.

Im Namen der Trauernden:

- Hannah Freifrau v. Oertzen geb. Cron, Berlin
- Hans Cron, Seattle (Wash.)
- Hermann Cron, Johnstown (Pen.)
- Grete Cron geb. Gaus, Johnstown (Pen.)
- Freiherr Detlof v. Oertzen, Berlin
- Rolf Fischer, Berlin.

Wildbad, den 8. Juli 1925.

Geldgeber

oder **stille Teilhaber** mit mindestens je 5000 Mark von äußerst entwicklungsfähig. **G. m. b. H. gesucht.** Sicherstellung an erster Stelle.

Vertretung

ist von erster Margarinefabrik deren allgemein bekannte Erzeugnisse wie **Schwan im Blauband** überallbestens eingeführt sind, an einen geschäftsgewandten Herrn zu vergeben, der gute Beziehungen zu der einschlägig. Kundschaft hat und dem evtl. Gelegenheit z. Selbständigmachung od. weiteren Ausbau seines Geschäftes unter günstigen Bedingungen geboten ist.
 Bewerbungen mit Aufgabe von Referenzen erbeten unter **G. T. 2065** an **Ma-Haafenstein und Bogler, Stuttgart.**

Linden-Lichtspiele

Donnerstag bis einschl. Samstag jeweils nachmittags 3 Uhr und abends 8 Uhr und Sonntag abend 1/2 9 Uhr
Das große Pracht-Programm Die Tragödie einer Frau Drama in 6 Akten
 In den Hauptrollen: **Erika Glässner und Max Lauda**
Das Wächter-Häuschen Nr. 13 Drama in 4 Akten
 Nach Schluß der Abend-Vorstellung verkehrt noch ein Bergbahn-Wagen.
 Bei kühler Witterung ist der Kino geheizt.

Friedrich Reich,

Bernicklungsanstalt, **Telephon 964 Pforzheim, Zerrnerstr. 45** empfiehlt sich im **Bernickeln und Versilbern** von Bestecken und Tafelgeräten, sowie im **Aufrichten von Lampen Lüstern u. Kunstgegenständen** Erstklassige Ausführung! Billigste Preise! Kellertes, sowie besteingerichtetes Geschäft am Plage.

Ente auf meiner Wiese gefangen.

Dieselbe kann gegen Einrückungsgebühr u. Futtergeld abgeholt werden.
Ernst Fröhlich, Frisch eingetroffen: **Fluß- und Seefische,** sowie **Rehragout** und empfiehlt **A. Blumenthal.**

Gut erhaltener Gasherb,

4 flammig, mit Bratröhren, äußerst billig zu verkaufen oder gegen kleineren zu vertauschen. Zu erfragen in der Tagblatt-Geschäftsstelle.
Landes-Kurtheater. Direktion Steng-Krauß. **Donnerstag, 9. Juli** **Der Raub der Sabinerinnen** Schwan in vier Akten. **Anfang 8 Uhr** **Anfang 8 Uhr**

Gämtl. Besitzer von Wasseruhren treffen sich morgen Freitag 1/2 3 Uhr im „Wildbader Hof“. Dringende Angelegenheit.

Auto-Vermietung

Ig. Kirchlechner, Wildbad, Tel. 114
 Geschlossene und offene **6 Sitzer-Touren-Wagen, offene Gesellschafts-Wagen** 9 und 19 Sitzer mit Luftbereifung.
Auto-Garagen für 15 Fahrzeuge, mit besteingerichteter **Reparatur-Werkstätte** **Benzinzapfstelle - Oelfe - Ersatzteile** **Bereifung.** **Reichhaltiges Lager in Fahrrädern und Nähmaschinen** **bester Marken, nebst Zubehör.**

Steinzeug-Einmachtopfe

und **Schweineträge** 1a. Qualität hat zu verkaufen **Robert Krauß, Maurermeister.**